Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Ballin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegramm-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postscheckkonto: Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15353.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 25 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) 1.— Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr 15 Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 25 — Montag, den 31 Januar 1921. — 44. Jahrgang

Kurze Tagesmeldungen.

Im Reichstage erklärte Minister Dr. Hermes, daß die Brotversorgung bis zum Schlusse des Wirtschaftsjahres gesichert sei und vom 15. Februar ab die wöchentliche Brotration um 200 Gramm erhöht werden soll.

Nach einer nichtamtlichen Meldung soll der Verband die völlige Entwaffnung Deutschlands bis zum 1. Juli hinausgeschoben haben.

Die „Voss. Ztg." erfährt aus Paris, daß der Verband sich für eine Milliarden-Anleihe Deutschlands verbürgen wolle, damit dieses seine Schulden bezahlen könne.

In Landau wurde vom französischen Gericht der Geheime Oberregierungsrat Böhm zu 8 Jahren Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Infolge der strengen Absperrungsmaßregeln an der polnischen Grenze ist die Reise zur Abstimmung nach Oberschlesien und der Aufenthalt dort als völlig gefahrlos anzusehen.

Der neugewählte Präsident Harding sprach sich für starken Flottenbau aus, weil die Flotte eine Schutzwaffe für Amerika sei.

Rettet Oberschlesien!

Rettet Oberschlesien! Diese Worte, welche jetzt an der Spitze der Zeitungen stehen, rufen jedem deutschen Mann, jeder deutschen Frau ohne Unterschied der Partei, der sozialen und religiösen Stellung, daß es in naher Zeit um Oberschlesiens Schicksal geht. Gelingt es den Polen mit Hilfe der ungeheuren Propagandamittel, die sie ihrem Agitator Korfanty zur Verfügung gestellt haben — nach den letzten vorliegenden Nachrichten 500 Millionen Mark — und mit allen Schrecken des Terrors die oberschlesische Bevölkerung mit ihrer Abstimmung für Deutschland in die Minderheit gegenüber den polnischen Stimmen zu bekommen, so ist das Land rettungslos Polen und damit seinem kulturellen und wirtschaftlichen Ruin verfallen. Für Deutschland aber würde das nicht nur die Preisgabe einer alten, seit Urzeiten gut deutschen Bevölkerung, sondern zugleich eines Landes bedeuten, dessen Reichtum an Bodenschätzen aller Art für die wirtschaftliche Gesundung und allmähliche Belebung unseres Vaterlandes uns unentbehrlich ist. So greift das Schicksal Oberschlesiens in seinen Begleiterscheinungen in das Schicksal des ganzen Reiches und jedes Einzelnen hinein. Darum muß auch jedermann im Reiche, er sei, wer er wolle, ob Arbeiter oder Bauer, ob Gewerbetreibender oder Industrieller, ob Angestellter oder Unternehmer, an seinem Teile mit dazu beitragen, daß der Verlust Oberschlesiens mit seinen unabsehbaren Folgen dadurch von uns abgewendet werde, daß es allen im Reiche verstreut wohnenden abstimmungsberechtigten Oberschlesiern ermöglicht werde, wie es die Vorschrift verlangt, persönlich an dem Abstimmungstag in ihrer Heimat ihre Stimme für Deutschland in die Wagschale zu werfen. Es handelt sich hierbei um nicht weniger denn 200 000—240 000 Oberschlesier, für deren Beförderung, Eisenbahnfahrt, Unterkunft und Verpflegung während 10 Tage durch das deutsche Volk freihändig eine große Summe aufgebracht werden muß. Die Regierung ihrerseits ist auf Befehl der Entente gezwungen, sich untätig zu verhalten. Die Sammlungen, die daraufhin eingeleitet wurden, haben bereits erstaunliche Ergebnisse aufzuweisen. Halle z. B. hat 2½ Millionen aufgebracht, Braunschweig 1,6 Millionen, Leipzig 3½ Millionen, München 5 Millionen.

WTB. **Beuthen**, 31. Jan. Der Verband heimattreuer Oberschlesier, Zentrale Kattowitz, bittet um weiteste Verbreitung folgender Mitteilung: Die im Reich wohnenden und im Abstimmungsgebiet geborenen Personen müssen bei der Einreichung der Anträge Kategorie B. an die paritätischen Ausschüsse der Geburtsgemeinde zur Aufnahme in die Abstimmungsliste **mehrere Personen zur Identitätsfeststellung angeben.** Sind Zeugen angeführt, die nicht am Geburtsort wohnen, so entstehen große Schwierigkeiten, da die paritätischen Ausschüsse diese Personen bezüglich der Feststellung der Identität vernehmen lassen.

Alliierten-Erpressung an Deutschland.

226 Milliarden. — Androhung von Strafmaßnahmen.

Die englisch-französische Einigung.

Paris, 29. Jan. Nach außerordentlich bewegten Verhandlungen und nach einer Reihe von Sitzungen, von denen sich die letzte bis nach Mitternacht ausdehnte, kam das Einvernehmen zwischen Frankreich und England in der Wiederherstellungsfrage zustande. Es sei gleich vorweg bemerkt, daß es Deutschland weit schwerere Opfer auferlegt, als man jemals erwarten konnte, und es bleibt nur die eine Hoffnung, daß es bei der Begegnung zwischen den alliierten und deutschen Vertretern, die aller Wahrscheinlichkeit nach bei der orientalischen Konferenz am 21. und 22. Februar in London stattfinden dürfte, möglich sein wird, Abänderungen der gestern getroffenen Abmachungen zu erwirken. Diese lauten: Deutschland wird den Alliierten bezahlen: zwei Jahresraten zu 2 Milliarden, drei Jahresraten zu 3 Milliarden, drei Jahresraten zu 4 Milliarden, drei Jahresraten zu fünf Milliarden, 31 Jahresraten zu 6 Milliarden. Dazu kommt noch eine 12½prozentige Taxe auf die deutsche Ausfuhr. Danach hat Deutschland 226 Milliarden innerhalb von 42 Jahren zu zahlen. Zu diesen schweren finanziellen Lasten, die Deutschland nunmehr tragen soll, kommt noch eine Reihe von **Strafbestimmungen** hinzu, falls es diese Verpflichtungen nicht erfüllt. **Zu diesen Strafbestimmungen gehört die Beschlagnahme der Zölle, die Besetzung des Ruhrgebiets. Der Aufschub der Räumungsfristen für das linke Rheinufer und die Anwendung des Artikels 270 des Friedensvertrages,** der besagt, daß für die Rheinlande ein besonderes Zollsystem eingeführt werden könne.

Die Verhandlungen vollzogen sich äußerst mühsam. Es konnte bereits berichtet werden, daß die Engländer der Ausfuhrtaxe von 12½ Prozent, die man übrigens sogar mit 25 Prozent festsetzen wollte, ursprünglich Widerstand leisteten. Es gab ein ewiges Hin und Her zwischen dem Quai d'Orsay und dem Hotel Crillon, wo Lloyd George sich befand. Von 2 bis 4 Uhr fand eine eingehende Aussprache zwischen Lloyd George und Briand statt. Um 4.15 Uhr nahm man die Sitzung des Finanzkomitees wieder auf und beendete diese erst um 8 Uhr abends, in der Zwischenzeit hatte Loucheur eine eingehende Unterredung mit Lloyd George, in der es ihm gelang, diesen **für den französischen Standpunkt zu gewinnen.** Um ½8 Uhr kam Loucheur auf den Quai d'Orsay und verkündete, daß Lloyd George seine Zustimmung zu dem ausgearbeiteten Projekt gegeben habe. Um 10 Uhr versammelte man sich neuerdings zu einer zweistündigen Sitzung. In der Zwischenzeit empfing Briand zweimal die französischen Journalisten. Bei der ersten Unterredung um 8 Uhr abends erklärte er ihnen, daß alle Nachrichten, daß zwischen ihm und Millerand ein Widerspruch bestehe, durchaus unbegründet seien. Briand verwies energisch darauf, daß man ihm in den Zeitungen Worte in den Mund gelegt habe, die er gar nicht gebraucht habe. Er solle Millerand erklärt haben, daß, wenn er die Abmachungen von Boulogne gekannt habe, er die Ministerpräsidentschaft nicht übernommen habe. Im Gegenteil, er habe gesagt, daß er die Bestimmungen des Abkommens von Boulogne als eine der Grundlagen betrachte für die Unterredungen mit den Alliierten. Schon um 8 Uhr erklärte er den Zeitungsvertretern, daß ein großer Fortschritt gemacht worden sei, daß sich die verschiedenen Standpunkte sichtbar genähert hätten und daß man, ohne sich allzu großem Optimismus hinzugeben, überzeugt sein könne, daß im Verlaufe der Nacht das Komitee in der Lage sein werde, die endgültigen Bestimmungen für die Lösung des Entschädigungsproblems festzulegen. Bei der Unterredung, die Briand um 12½ Uhr nachts mit den Zeitungsvertretern hatte, führte er aus: Wir sind zur **Uebereinstimmung in allen Punkten** gelangt. Es fehlt nur noch die offizielle Zustimmung der Konferenz. Aber da alle grundsätzlichen Bestimmungen bereits von Lloyd George und dem Grafen Sforza gebilligt wurden, so glaube ich, damit rechnen zu können, daß unsere Entscheidung am Samstag vormittag ratifiziert werden kann.

Um 11 Uhr heute vormittag findet eine Vollsitzung des Obersten Rates statt, die wohl den gestern getroffenen Abmachungen ihre endgültige Zustimmung geben wird. Man wird sich heute nachmittag eventuell noch mit der Entwaffnungsfrage beschäftigen, mit Deutschlands Kohlenlieferungen und vielleicht auch mit der österreichischen Frage.

Gefahrlose Reise nach Oberschlesien.

Berlin, 31. Jan. Mit der Reise nach Oberschlesien scheint **keinerlei Gefahr** verbunden. Das bestätigt der „Voss. Ztg." ein Brief eines Mitgliedes des Berliner Gesangvereins. Der Verein ist in der letzten Woche nicht nur in Städten mit vorwiegend deutscher Bevölkerung gewesen, wie Gleiwitz, Kattowitz, Oppeln und Beuthen, sondern sie haben ihre Lieder auch ertönen lassen in Rotenberg, Tarnowitz, Lublinitz, Lipine, Großstreitz, Peiskretscham, Myslowitz, Hindenburg, Rybnik, Lanahütte und Pleß, in Bezirken die zum Teil als gefährdet gelten. Trotzdem der Zweck der Reise ganz genau bekannt war, ist keine einzige Anrempelung vorgekommen. Keines ihrer Konzerte wurde gestört, obwohl auch zahlreiche Polen unter den Zuhörern waren. Man wagt wirklich nichts, so schließt der Brief, wenn man nach Oberschlesien geht.

Deutsch-polnisches Abkommen.

Berlin, 31. Jan. Zwischen dem deutschen Bevollmächtigten in Oppeln und dem Vertreter der polnischen Regierung bei der interalliierten Kommission ist eine Uebereinkunft getroffen worden dahingehend, daß den im polnischen Staate wohnenden **deutschstämmigen Oberschlesiern** bei der Vorbereitung für die Abstimmung und bei der Reise zur Abstimmung selbst von den polnischen Behörden **keinerlei Hindernisse** in den Weg gelegt werden dürfen. Ebenso ist Kurierverbindung zwischen dem deutschen Plebiszitkommissariat und den deutschen Abstimmungsorganisationen in Polen sichergestellt worden. Von deutscher Seite ist zugesichert, daß wie schon bisher geschehen, auch den in Deutschland wohnenden stimmberechtigten polnischen Stämmen die Ausübung ihres Stimmrechtes nicht beschränkt wird. Ebenso ist der Verkehr mit dem polnischen Plebiszitkommissariat unter den gleichen Bedingungen wie in Polen zugesagt worden.

Aus dem Reiche.

Weiterer Rückgang der Papiergeldflut.

Berlin, 31. Jan. Wie der vorliegende Ausweis der Reichsbank erkennen läßt, hat sich die schon in den ersten beiden Januarwochen in die Erscheinung getretene **Besserung** des Standes der Reichsbank in der dritten Woche fortgesetzt. Die gesamte Anlage nahm um 5 239,4 Millionen Mk. auf 48 677,6 Millionen Mk. ab. Von dieser Besserung entfielen auf die bankmäßige Deckung für sich allein 5 395 Millionen Mk., so daß diese damit auf 48 499,4 Millionen Mk. zurückgegangen ist.

An Zahlungsmitteln (Banknoten und Darlehnskassenscheinen) flossen der Bank aus dem Verkehr 702,5 Millionen Mark zu, und zwar **verminderte sich der Banknotenumlauf um 528,3 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 175,2 Millionen Mark auf 11 530,5 Millionen Mark.**

Schaffung von Arbeitsgelegenheit.

WTB. **Berlin**, 31. Jan. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preußischen Ressortminister und Vertretern der politischen Parteien des Reichstages fand eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung mit den Vertretern aller Gewerkschaftsgruppen statt. Die allseitige und überaus ernste Lage auf dem Arbeitsmarkte wurde eingestanden und betont, daß Reich und Länder bis zur allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage mehr noch als bisher Arbeitsgelegenheit schaffen müßten. Die Erörterungen zeigten Möglichkeiten dafür, insbesondere auf dem Arbeitsgebiet des Reichsverkehrsministeriums, des Reichspostministeriums, sowie einer landwirtschaftlichen Bodenverbesserung, wie sie schon jetzt die produktive Erwerbslosenfürsorge betreibe. Sehr bedeutungsvoll für die Weiterentwickelung des Arbeitsmarktes schien nach allgemeiner Auffassung die Belebung der Bautätigkeit. Auch die Zukunft der deutschen Industrie wurde eingehend erörtert. Aus den Kreisen der Gewerkschaften wurde auch die Notwendigkeit einer forzierten Anwendung der Methode der Kurzarbeit, sowie die Frage des Wechselns der Belegschaften zur Erörterung gestellt. Sämtliche Anregungen sollen von den in Betracht kommenden Behörden nachdrücklichst und schleunigst weiter verfolgt werden.

Alle Antragsteller werden daher aufgefordert, den in ihrem Antrag angeführten Personen sofort selbst ihre Personalien, bei Frauen auch Mädchennamen, Geburtsort, Alter, Religion, Name und Stand der Eltern anzugeben, damit sich diese an ihre alten Schulfreunde und Bekannten, die die oberschlesische Heimat verlassen haben, leichter erinnern können. Auf Geburts- und Heiratsurkunden legen die paritätischen Ausschüsse wenig Wert. Die Antragsteller können auch noch nachträglich sofort weitere Identitätszeugen in unbeschränkter Zahl möglichst aus dem Geburtsort dem paritätischen Ausschuß durch die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier durch Vermittelung der Untertommissariate mitteilen.

Beuthen, 29. Jan. Wie die Oberschlesische Landeszeitung meldet, wurde gestern in Zawadze eine Versammlung heimattreuer Oberschlesier von einer bewaffneten Bande überfallen und regelrecht belagert. Die Groß-Streiliger Abstimmungspolizei, die Hilfe brachte, mußte mit der Bande ein regelrechtes Feuergefecht bestehen. Mehrere Personen wurden verletzt und fünf Rädelsführer verhaftet. Der Haupträdelsführer stammt aus Warschau.

WTB. **Paris**, 31. Jan. **Scheidemann** erklärte dem Berichterstatter des Eclair, Deutschland sei zu arm, um große Anstrengungen machen zu können. Es müsse aber seine Verpflichtungen hinsichtlich der Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete erfüllen. Am ernstesten sei die Ungewißheit, in der sich Deutschland befinde. Scheidemann hält Jahreszahlungen von drei Milliarden Goldmark für unausführbar. Deutschland könne kaum die Kohlenmengen liefern, die ihm auferlegt seien. **Die deutschen Bergarbeiter seien am Ende ihrer Kraft.** Sie könnten selbst bei gutem Willen ihre Arbeit nicht fortsetzen. **Die fortgesetzte Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets lege jede Arbeit lahm.** Das Verlangen des Verbandes nach Entwaffnung findet Scheidemann berechtigt. Briand habe in seiner ministeriellen Erklärung die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu günstig geschildert. Deutschland könne nur, wenn es die innere und äußere Ruhe habe, die größten Schwierigkeiten überwinden. Briand begehe das größte Unrecht, wenn er behauptet, Deutschland leide weniger als Frankreich. Das Gegenteil sei der Fall. **Eine der größten Sorgen Deutschlands sei die oberschlesische Frage. Wenn Deutschland Oberschlesien verliere, dann werde sich die Lage verschlimmern, und man könne nicht wissen, was noch kommen werde.**

Durchsuchung des Kattowitzer Zentralhotels.

TU. **Kattowitz**, 31. Jan. Während sich in den letzten Tagen die Nachrichten über große polnische Waffentransporte über die polnische Grenze nach Oberschlesien häuften und während gegen diese Transporte mit militärischen Machtmitteln garnicht oder mindestens nicht genügend eingeschritten wurde, haben es die Polenführer fertig gebracht, durch eine Denunziation gegen den Verband heimattreuer Oberschlesier eine Durchsuchung des Kattowitzer Zentralhotels, in dem der Verband untergebracht ist, durch französische Truppen zu erreichen. Diese Anzeige der Polen genügte den Franzosen, um im Laufe des heutigen Vormittags das Hotel abzusperren und eine genaue Durchsuchung des Erdgeschosses vorzunehmen. Die Franzosen erbrachen Kisten gewaltsam und durchsuchten sie, doch stellte sich heraus, daß sie nichts anderes als Agitationsmaterial, Flugblätter und Broschüren enthielten.

Deutscher Reichstag

Berlin, 29. Januar.

Am Regierungstische: **Brauns**, **Dr. Wirth**. Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr.

Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues wird dem Wohnungsausschuß überwiesen. Es folgt die

zweite Lesung des Nothaushalts.

Abg. Dr. **Hertz** (Unabh.): Die Landwirte kommen ihrer Ablieferungspflicht nicht nach. (Widerspruch rechts.) Anstatt mit Gewalt gegen sie vorzugehen und die Staatsautorität zu wahren, will man ihnen jetzt noch die Taschen füllen. (Unruhe rechts.)

Mit der Aussprache verbunden wird ein Nothaushalt für das Ernährungsministerium, über den der

Abg. **Blunck** (Dem.) berichtet. Er stellt fest, daß die **Brotversorgung anfängt, katastrophal zu werden.** Es würde etwa 10 Milliarden mehr erfordern, als wenn wir die notwendigste Menge an Inlandsgetreide aufbringen könnten. Der Ausschuß hat daher einstimmig allen Anträgen zugestimmt, die eine umfangreiche Erfassung des Inlandgetreides bezwecken. Den Bezirken soll im Austausch für das Brotgetreide Zug um Zug Mais zu Futterzwecken zur Verfügung gestellt werden. Es sollen bis zu 1½ Zentner gegen 1 Zentner Brotgetreide in Austausch gegeben werden. Die kleinen Getreideerzeuger sollen dabei in erster Linie berücksichtigt werden. Auch im Austausch gegen Schlachtschweine soll Mais gegeben werden, aber Voraussetzung soll die bisherige Erfüllung der Ablieferungspflicht über eine Höhe von 77 Prozent sein.

Abg. **Weilbock** (deutschn.): Seit 1881 bis 1913 hat die deutsche Bevölkerung um 44 Prozent zugenommen. Die Zunahme unserer Brotgetreide-Erzeugung betrug 88 Prozent, die Zunahme beim Weizen 69 Prozent, beim Hafer 78 Prozent und bei Kartoffeln 62 Prozent. An selbsterzeugtem Fleisch hat die deutsche Landwirtschaft der Bevölkerung **pro Kopf und Jahr 50 Kilogramm** zur Verfügung gestellt. Dabei hat sie allerdings erhebliche Mengen an Futtermitteln aus dem Auslande mit verwendet. Die **Zwangswirtschaft hat den Ruin der Landwirtschaft verschuldet.** Austausch von Futtermitteln gegen hochwertiges Getreide ist die Voraussetzung für das Verlangen vermehrter Ablieferung von Brotgetreide. Wir verlangen Austausch des Maises auch gegen Gerste und Hafer. Wie verträgt sich die Kalipreiserhöhung um 50 Prozent mit dem verlangten Preisabbau für die Nahrungsmittel?

Abg. **Dusche** (D. Vp.): Herr Schmidt hat sich als Landwirtschaftsminister gerühmt, aus politischen Gründen die Nahrungsmittelpreise möglichst niedrig gehalten zu haben. Das deutsche Volk ist dabei verhungert. In der Inderkommission sitzen auch Verbraucher. Auch sie haben für die Preiserhöhung gestimmt. Sie haben die Ausnahlung herabsetzen können. Herrn Schmidt ist das nicht gelungen. Leider war das Brotgetreide nicht besonders gut.

Wir brauchen 2½ Millionen Tonnen Auslandsgetreide

und sind der Regierung dankbar, daß sie als ordentlicher Kaufmann bereits 1,8 Millionen Tonnen eingekauft hat. Bei den Schweinemastverträgen kommt nichts heraus, denn die Futtermittel werden zu spät geliefert oder sind ganz unbrauchbar gewesen. Wenn man nur Mais verfüttern will, so braucht man 8 bis 10 Zentner auf einen Zentner Fleisch. Es muß also **der rechte Mittelweg gefunden werden. Jetzt** sind unsere wesentlichsten Forderungen erfüllt, und

den Landwirt, der jetzt nicht seine Pflicht tut, den verachte ich.

Der Mais ist den anderen Futtermitteln bei weitem nicht gleichwertig. Wir verlangen daher zum mindesten 1¾ Zentner für 1 Zentner Hafer. Da die Frachtsätze um die Hälfte gesunken sind, können wir den Mais schon viel billiger bekommen als im vorigen Jahr. Wir können also ruhig 1½ Zentner Mais geben, damit dienen wir der Landwirtschaft und auch der Ernährung des Volkes.

Abg. **Kerschbaum** (Dem.): Wir können uns mit dem Maisaustausch gegen Schweine nicht befreunden. Zu der Kunstdüngerwirtschaft habe ich zu bemerken, daß es mir außerordentlich gefallen hat, daß der preußische Landwirtschaftsminister Braun die Düngemittel verbilligt wissen will.

Reichsernährungsminister **Hermes:** Das Ministerium hat über die Mindestpreise für die nächste Ernte noch nichts beschlossen. Nur die Inderkommission hat ihre Vorschläge gemacht. In der Ernährungskommission in München sollen Beschlüsse gefaßt werden über die Mindestpreise in Verbindung mit der Zwangswirtschaft. Wenn wir die Getreideproduktion steigern wollen, müssen wir für Getreide angemessene Preise gewähren, sonst baut der Landwirtschaft kein Getreide an. Für die Arbeiterschaft hat sich die Fleischwirtschaft sehr erträglich gestaltet. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Bisher ist **an Getreide abgeliefert** worden: Brotgetreide 788 628 Zentner, Gerste 231 484 Tonnen. (Anhaltende Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man von der Ablieferungsluft der Landwirte sprechen, wenn die Gerstenablieferung in diesem Jahre höher ist als im vorigen Jahr. Für die Verstärkung der Ablieferung haben wir Maßregeln ergriffen. Wir stehen jedenfalls vor der Tatsache, daß die **katastrophalen Verhältnisse** des vorigen Jahres **in der Brotversorgung sich nicht wiederholen.** (Zuruf links: Wir sind in katastrophalen Verhältnissen!) Das entspricht nicht den Tatsachen.

Wir werden vom 15. Februar ab die Brotration um 200 Gramm erhöhen und diesen Stand das ganze Wirtschaftsjahr durchführen.

Hinsichtlich der Qualität haben wir eine Verbesserung erreicht, wie sie bei Ihren (nach links) Vorschlägen nicht möglich gewesen wäre. Bis zum 25. Januar haben wir 1,8 Millionen Tonnen Brotgetreide im Auslande eingekauft, von denen **1 055 000 Tonnen bereits eingeführt** sind. (Lebhafter Beifall.) Die Frühdruschprämie haben wir bereits im vorigen Jahre aufheben wollen. In diesem Jahre kann ich es als wahrscheinlich in Aussicht stellen, daß sie wegfällt. Was unsere Reservenpolitik für das Wirtschaftsjahr 1921/22 anlangt, so können wir so viele Nahrungsmittelreserven ansammeln, daß wir von der Frühablieferung völlig unabhängig sind. Auch das ist ein wesentlicher Fortschritt gegen früher. (Unruhe links.) Zu dem Steigen der Preise bitte ich endlich einzusehen, daß sich diese Dinge nicht mit einem Federstrich ändern lassen. Man kann die deutsche Wirtschaft doch nicht von der Weltwirtschaft loslösen. Die Verhandlungen in Paris und Brüssel sind für uns unendlich wichtiger als alle Vorschläge, die Sie (zur Linken) hier gemacht haben. Der **Preisabbau** erfolgt in dem Grade, in dem wir uns einem verstärkten Angebote aus dem Auslande gegenübersehen. Der Absatz an künstlichen Düngemitteln ist gegenwärtig befriedigend. Hält er in dem gleichen Maße an, kann werden die Vorbedingungen für eine bessere Ernte geschaffen. Ohne Reichsmittel kann aber insbesondere die Superphosphat-Industrie nicht weiterkommen. Wir rechnen mit einem Preisabbau für die künstlichen Düngemittel wenigstens im kommenden Jahre. An Thomasmehl wurden unter der früheren Regierung 31 000 Tonnen eingeführt; wir haben sie auf über 250 000 Tonnen gesteigert, d. h. wir nähern uns der zehnfachen Steigerung der Einfuhr an Thomasmehl. Das wird von besonderem Einfluß auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung sein. (Lebhafter Beifall rechts, große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Aussprache. Die Haushaltsforderungen werden angenommen.

Reichswehrministerium.

Bei der Einzelberatung werden zunächst alle strittigen Abstimmungen zurückgestellt und auf Montag vertagt, da das Haus sehr schwach besetzt ist.

Abg. **Kunert** (Unabh.) kritisiert das militärische Bildungswesen.

Abg. **von Gallwitz** (Deutschn.): Die Bücher sind nicht aus dem Lande herangeholt, sondern aus Berlin und Umgegend. Bei dieser Agitation gegen die Heeresbücherei verfolgen die Herren von der Linken immer politische Interessen. (Lärmender Widerspruch links.)

Abg. **Seidel** (Unabh.) spricht gegen die Nachrichtenstellen der Reichswehr, die sich zu Spitzelorganisationen ausgewachsen hätten.

Reichswehrminister Dr. **Geßler:** Bereits im Sommer habe ich strikteste Anweisung ergehen lassen, daß alle diese Nachrichtenstellen sofort aufzuheben sind. **Diesem Befehl ist überall nachgekommen worden.** Die schuldigen Offiziere wurden von mir entlassen. Mir ist die Spitzelwirtschaft in der tiefsten Seele verhaßt, weil sie eine Quelle der Korruption ist und zur Verhetzung der Klassen führt. Ich bin mit allen Mitteln dagegen eingeschritten. **Beweisen sehe ich entgegen.** So lange man mir keine Beweise bringt, **bestreite ich entschieden,** daß meinen Befehlen nicht Gehorsam geleistet wird. Ueber den Gehe merlaß des Generals von Moehl habe ich Bericht eingefordert. **Der kommunistischen Agitation unter den Truppen muß entgegengearbeitet** werden. Das ist meine Pflicht und die Pflicht der Truppenführer. — (Beifall rechts.) Kommunisten haben oft erklärt, daß sie die Verfassung stürzen wollen, sobald sie die Macht dazu haben. Dem müssen wir entgegentreten. (Lebhafter Beifall.)

Dann schließt die Einzelberatung. Die Abstimmung über die strittigen Kapitel wird vertagt. Nachträglich angenommen wird ein Antrag der Parteien zum Notetat des Ernährungsministeriums, wonach für die Ablieferung von 1 Zentner Hafer bis zu 1½ Zentner Mais gewährt werden soll.

Das Haus vertagt sich auf Montag 1 Uhr: Dritte Lesung des Notetats, Haferinterpellation, Anfragen über Oberschlesien.

Der Reichspostminister zu den neuen Portogebühren.

Die letzte Erhöhung.

Berlin, 31. Jan. In einer Unterredung erklärte der Reichspostminister, daß er geneigt sei, im Brief- und Drucksachenverkehr eine Zwischenstufe zuzulassen, bezw. eine Kostenverringerung auf die vorgeschlagenen Gebühren zu gewähren. So konnte z. B. bei Briefen von 20—80 Gramm eine Gebühr von 80 Pfg. zwischen die Sätze von 60 Pfg. und 1,20 Mk. eingeschoben werden. Im Interesse der Oeffentlichkeit und vor allem des deutschen Handels habe er den Vorschlag gemacht, **die auf 20 und 40 Pfg. festgesetzten Gebühren für Drucksachen auf 15 bezw. 20 Pfg. herabzusetzen.** Der Minister sprach die Ueberzeugung aus, daß diese Erhöhung der Porto- und Telegraphengebühren die letzte sein werde.

Reichspostminister Giesberts führte nach den 8 Uhr Abend-Blatt u. a. aus:

Es wird mir von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht, ich hielte nicht, was ich versprache. Das ist durchaus nicht der Fall. Als Hauptargument für die Vorwürfe gegen mich wird angeführt, daß die Erhöhung des Grundbriefportos auf 40 Pfg. ein allgemeines Sinken des Briefverkehrs zur Folge gehabt habe, wodurch das Defizit der Post auf 3½ Milliarden angewachsen sei, anstatt, wie man erwartet hatte, sich von 2,9 Milliarden auf 1 Milliarde zu verringern. Es wäre unsinnig, wenn man behauptete, daß dieses Anwachsen des Defizits eine Folge falscher Kalkulationen sei. Tatsächlich wäre es im vorigen Jahre gelungen, das Defizit der Reichspostverwaltung beträchtlich zu verringern, wenn nicht erneute unvorhergesehene Schwierigkeiten wirtschaftlicher Natur eingetreten wären, so die abermalige Erhöhung der Löhne und Gehälter, die neuen Teuerungszulagen usw., die beträchtliche Summen verschlangen.

Es ist grundfalsch, wenn nun prophezeit wird, daß die in Vorschlag gebrachte Erhöhung der Postgebühren ein weiteres Sinken des Postverkehrs und dadurch ein Anwachsen des Defizits auf 5 Milliarden zur Folge haben werde. Ich bin fest davon überzeugt — und erste Fachleute teilen meine Ansicht — im kommenden Jahre wird voraussichtlich die neue Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren das Defizit der Post auf die Hälfte herabmindern. Allerdings ist mit einem Rückgang des Postverkehrs zu rechnen, doch wird, wie unsere Berechnungen ergaben, der dadurch entstehende Einnahmeausfall durch die Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Postgebühren mehr als gedeckt werden. Voraussetzt natürlich, daß in diesem Jahre unsere Voranschläge nicht wieder durch irgendwelche unvorhergesehenen wirtschaftlichen Einwirkungen umgestoßen werden.

Reichspostminister Giesberts erklärte weiter, es wäre unüberlegt, wenn man dem Reichspostministerium und der schlechten Bewirtschaftung des Postetats die Schuld an dieser abermaligen Erhöhung der Gebühren beimesse. Es dürfte wohl bekannt sein, daß die Aufforderung zu einer Porto- und Gebührenerhöhung nicht vom Reichspostministerium, sondern vom Reichsfinanzministerium ausging und ausdrücklich auf

---

Die feindliche Willkür im Rheinland.

Köln, 31. Jan. Mehrere mittlere Beamten der Reichsvermögensverwaltung in Kreuznach und Wiesbaden wurden von der interalliierten Rheinlandskommission ihres Amtes enthoben, weil sie unberechtigte Anordnungen ablehnten.

Koblenz, 31. Jan. Alle Verfahren, die gegen ausländische Firmen im besetzten Gebiete wegen ihrer Steuerpflicht aus der Zeit des Waffenstillstandes eingeleitet sind, sind vorläufig auf Anordnung der Interalliierten Rheinlandskommission auszusetzen. Die Forderung der Steuerpflicht bei Firmen für die genannte Zeit soll auf diplomatischem Wege durch die Regierungen der einzelnen Staaten geregelt werden.

Koblenz, 31. Jan. In Köln wurde ein deutscher Kontrollbeamter eingesetzt, um diejenigen Personen, die vom Ausland ins besetzte Gebiet eingereist sind und von dort ins unbesetzte Deutschland weiterreisen wollen, auf dem Bahnhof da-

---

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

6) (Nachdruck verboten.)

Ueber den Mord und den mutmaßlichen Täter zerbrach er sich nicht den Kopf. Er vermochte sich nicht vorzustellen, daß er für Martens mehr als ein allgemein menschliches Mitleid empfand. Viel mehr als an den Ermordeten dachte er an die rätselhafte Unbekannte. Hatte sie etwas mit dem Verbrechen zu schaffen? Nein, er vermochte es nicht zu glauben. Sie mußte in der Wohnung gewesen sein, während das Verbrechen verübt wurde; aber sie hatte vielleicht ebensowenig etwas davon bemerkt wie er, der ja doch alle Türen offen gehabt hatte. Er erinnerte sich, in welchem Zustand sie gewesen war, als sie zu ihm heruntersam. Entsetzt, verängstigt, wahnsinnig vor Aufregung, aber doch, wie eine Schuldige war sie nicht gewesen.

Grüblerisch, versunken in quälende Gedanken und Zweifel saß er, bis er die Beamten kommen hörte. Dann ging er hinaus.

„Ich habe Sie herbeigerufen," wandte er sich an den Polizeileutnant nach einer kurzen, wortlosen Begrüßung. „Sie wissen, um was es sich handelt. Herr Otto Martens, der die Etage über mir bewohnt, ist offenbar ermordet worden. Ich fand ihn mit einer furchtbaren, noch blutenden Wunde."

Der Beamte zögerte noch, hinaufzugehen.

„Sie haben von dem Verbrechen nichts wahrgenommen, kein Geräusch, keinen Schrei?"

„Nein. Ich saß in meinem Zimmer, war auf einem Sessel eingeschlafen. Ich bin selbst erst um Mitternacht nach Hause gekommen. Unmittelbar nachdem ich aufwachte, gegen drei Uhr, ging ich hinauf und fand den Toten."

„Aberzeihung, aber weswegen gingen Sie —?"

Die Gedanken des jungen Mannes arbeiteten fieberhaft. Fast ohne Besinnen gab er Antwort.

„Ich sagte Ihnen, daß ich um Mitternacht nach Haus kam. Wenige Minuten später wurde bei mir anscheinend von einem Unbekannten der mir, trotz meiner Aufforderung, seinen Namen nicht nannte. Er hat mich, Herrn Martens davon zu benachrichtigen, daß er sofort in das „Savoy-Hotel" kommen müsse. Wenn Herr Martens nicht zu Haus wäre, sollte ich es aufschreiben. Ich schrieb es auf einen Zettel, den ich oben in den Türspalt steckte. Dann bin ich wie gesagt, in meinem Zimmer eingeschlafen. Als ich aufwachte, war es drei Uhr. Ich dachte daran, wie dringend der Unbekannte mit die Sache gemacht hatte, und weil ich fürchtete, Martens könne den Zettel übersehen haben, ging ich liebe noch einmal hinauf. Dabei fand ich ihn dann."

In seiner Wohnung —"

Nein, auf der Treppe. Die Leiche liegt noch so, wie ich sie vorgefunden habe. Wenn Sie hinaufgehen wollen —"

Er schloß sich dem Polizeileutnant an, gemeinsam stiegen sie zum oberen Stockwerk empor. Den Toten selbst rührte der Beamte nicht an; er begnügte sich damit, den Tatort zu untersuchen. Eine Mordwaffe, mit der das Verbrechen hätte verübt sein können, fand er nicht.

Herr Hollfelden —!"

„Bitte?" —

„Sie sagten, daß Sie den Zettel in den Türspalt steckten. Ich sehe hier nichts davon."

Heinz trat zu ihm. Er wußte genau, daß er den Zettel so zwischen die Tür geschoben hatte, daß er noch von außen sichtbar war. Jetzt war er verschwunden.

„Vielleicht ist er hinuntergefallen."

Der Beamte wandte sich an den Hausverwalter.

„Haben Sie einen Schlüssel, mit dem man die Tür öffnen kann?"

„Der Tote hat ja den Schlüssel noch in der Hand, mit dem er aufschließen wollte, Herr Leutnant."

Der Polizeibeamte nahm den Schlüssel aus den Fingern des Toten, die noch nicht erstarrt waren, und öffnete die Tür. Drinnen auf dem Flur fand er den Zettel, aber weit von der Tür entfernt.

„Es muß jemand die Tür geöffnet haben, und dabei ist der Zettel fortgeweht oder von dem Betreffenden fortgeworfen worden," meinte er. „Wer kommt da?"

Es war der Arzt, den Heinz gerufen hatte. Länger wartete der junge Mann nicht mehr. Er verabschiedete sich von dem Polizeileutnant, der ihn noch um einige nebensächliche Einzelheiten befragte, und ging dann in seine Wohnung hinunter.

An die Brüstung des offenen Fensters lehnte er sich, ließ die kühle Nachtluft seine heißen Schläfen umwehen und starrte mit brennenden Augen in das Dunkel. Wie still und friedlich es da draußen war! Wie einförmig die Lichter und Rauschen fiel der Regen, als dunkle, schwere Masse lagen die Häuser der anderen Straßenseite vor ihm. Und er dachte an sie. Wie sie ihn angesehen, als sie drinnen in seinem Zimmer vor ihm saß, wie graziös ihre Schönheit war, als sie von oben heruntersam, von oben, wo der Tote lag.

Wie lange er so am Fenster gestanden, wußte er später nicht zu sagen. Er hörte nur einen Wagen vorfahren — einen schwarzen uniformigen Kasten — das Gefährt, das den toten Martens zum Leichenhaus bringen sollte.

Da schloß er erschauernd das Fenster und legte sich in den Kleidern auf sein Lager — mit dem Bewußtsein, daß dunkle, schwere Tage seiner harrten, daß das Schicksal ihn in dieser Nacht in ein düsteres Verhängnis gezerrt hatte.

3. Kapitel.

Seit mehr als einer Woche stand für das Berliner Publikum der Mord in der stillen, vornehmen Nankestraße im Vordergrund des Interesses.

Die Zeitungen hatten sich mit gebotenem Eifer des durch seine geheimnisvollen Nebenumstände sensationellen Ereignisses bemächtigt und hatten ihren Lesern Tag für Tag ausführlich über die Ergebnisse der polizeilichen Recherchen und über in großer Anzahl erfolgten Zeugenvernehmung berichtet. Aber sie waren bis zur Stunde nicht in der Lage gewesen, die Festnahme des Mörders oder auch nur die Auffindung einer Fährte zu melden, die halbwegs sichere Schlüsse auf die Person dieses Mörders gestattet hätte.

(Fortsetzung folgt.)

zwischen zu kontrollieren, daß sie im Besitze von durch deutsche Behörden visierten Pässen sind. Auch in Koblenz soll in kurzer Zeit eine derartige Kontrollstelle eingerichtet werden.

Neuß, 31. Jan. Gestern wurde in Aachen vor dem belgischen Kriegsgericht über die gegen die Verurteilung des Landrates Freiherrn von Lüninck-Neuß eingelegte Berufung verhandelt. Die Strafe wurde in der Berufungsinstanz noch verschärft. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis und 10 000 ℳ Geldstrafe. Der Landrat soll tatsächlich mehrfach militärischen Befehlen nicht sofort und widerspruchslos Folge geleistet haben.

Handfesseln für den Landrat von Neuß.

Düsseldorf, 31. Jan. Zu der Verurteilung des Landrats Freiherrn von Lüninck-Neuß durch das **Berufungsgericht wird berichtet**, daß auch den Landrat zu der Verhandlung durch einen belgischen Gendarmen hat vorführen lassen, und zwar in Handfesseln, durch die man ihn mit einem Gefangenen in Sträflingskleidern zusammengekettet hatte. (!) Gegen diese unwürdige Behandlung eines deutschen Beamten, der lediglich nach bester Ueberzeugung die deutschen Interessen vertreten hat, wird von der deutschen Regierung bei der Rheinlandkommission der nachdrücklichste Einspruch erhoben werden.

Koblenz, 31. Jan. Wie der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitteilt, hat die Rheinlandkommission keinen Einwand gegen die Wahlordnung für die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen erhoben.

Mainz, 31. Jan. Die interalliierte Rheinlandkommission ist augenblicklich damit beschäftigt, ein Verzeichnis der Banken im besetzten Gebiet und ihrer Bestände aufzustellen. Diese Maßnahme wird im besetzten Gebiet dahin gedeutet, daß in bekannten Fällen für die Einlagen dieser Geldinstitute zu fürchten ist. Auf Anweisung von Paris ist vor auch eine Statistik der Arbeiterverhältnisse in Angriff genommen worden.

Berlin, 31. Jan. In Landau wurde der Oberregierungsrat Böhm, der Vorsitzende der Landesstelle der Reichsvermögensverwaltung, vom französischen Kriegsgericht zu acht Jahren Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte das Verlangen der französischen Militärbehörde nach Einrichtung einer Schule für die Kinder der Besatzungsangehörigen verweigert. Oberregierungsrat Böhm hat dabei lediglich pflichtgemäß gehandelt, da dieses Verlangen im Widerspruch zur Rheinlandverordnung steht.

Ausdehnung und Verlängerung der Besetzung.

Paris, 31. Jan. Nach einer Havasmeldung schlägt der Bericht des Marschalls Foch in der Entwaffnungsfrage als Zwangsmaßnahme nicht nur die Besetzung neuen deutschen Gebietes, sondern auch die Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes vor, falls die gewährten Fristen für die Erfüllung der militärischen Klauseln nicht eingehalten werden.

Große Verschiebung deutscher Düngemittel nach Holland.

Berlin, 31. Jan. In allerletzter Zeit ist man außerordentlich großen Verschiebungen von Düngestickstoffmitteln, Kali und Stickstoff über die holländische Grenze auf die Spur gekommen. Etwa 30 Personen sind verhaftet worden. Der Berliner Vertreter einer großen Kölner Firma, in deren Geheimbüchern man eine Buchung von 350 000 ℳ zur Erlangung von Ausfuhrbewilligungen fand, wurde verhaftet, obwohl er eine Kaution von einer Million Mark stellen wollte. Im einzelnen erfahren wir:

Die Verschiebung von Kunstdüngemitteln, deren Deutschland **gerade jetzt so dringend bedarf**, haben einen Umfang angenommen, daß das Reichsernährungsministerium und das preußische Landwirtschaftsministerium zuständige private Organisationen aufgefordert haben, alle Fälle, welche Verschiebungen von Kali oder Stickstoff betreffen, schnellstens zur Kenntnis der Behörden zu bringen. Welchen Umfang die Grenzschmuggeleien angenommen haben, geht aus dem Umstand hervor, daß augenblicklich in Maastricht nicht weniger als 30 Eisenbahnwaggons Chlorkalium und 20 Waggons Stickstoff angeboten werden, die über die holländische Grenze geschmuggelt worden sind. Diese großangelegte Schiebung, die einen Wert von 5 Millionen Mk. übersteigt, war nur dadurch möglich, daß mit Hilfe umgeeigneter Eisenbahn- und Zollbeamten diese Mengen Düngemittel die deutsche Grenzstation passierten. Eine Untersuchung hierüber ist bereits eingeleitet worden.

Um die Schiebungen wenigstens einigermaßen einzuschränken, ist jetzt an der holländischen Grenze ein Automobildienst eingerichtet worden, durch den bereits eine ganze Reihe von Schiebungen verhindert werden konnten. Nicht weniger als 30 Schmuggler wurden in kurzer Zeit verhaftet. Dabei machte man zuverlässige Feststellungen darüber, daß die Besatzungsbehörden dem Treiben der Schmuggler Vorschub leisten und daß besonders belgische Offiziere finanziell an dem organisierten Schmuggel beteiligt sind. Schon in den nächsten Tagen findet in Düsseldorf ein Prozeß gegen 14 Personen statt, die bei dem Versuch, einen Zug mit Düngemitteln über die holländische Grenze zu bringen, verhaftet wurden.

Verurteilung wegen versuchter Ausspähung militärischer Geheimnisse.

Leipzig, 31. Jan. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte wegen versuchter **Ausspähung militärischer Geheimnisse** den Kaufmann Fritz Schwartz aus Köln und den Kaufmann August Bitt aus Remscheid zu vier bezw. drei Jahren Zuchthaus und je fünf Jahren Ehrverlust. Polizeiaufsicht wurde als zulässig erklärt. Die Angeklagten, die im Dienste der englischen Spionage standen und für das in Köln bestehende Büro derselben tätig waren, haben sich im Frühjahr 1920 mit einem damaligen Reichswehrwachtmeister in Essen in Verbindung gesetzt, um von ihm Mitteilungen über die Stärke und die Verteilung der deutschen Truppen im Ruhrgebiet zu erlangen. Der Wachtmeister ging zum Schein auf das Ansinnen ein, um sie zu überführen und veranlaßte schließlich im Einverständnis mit seinen Vorgesetzten die Verhaftung der Angeklagten. Diese haben die Nachrichten, die sie durch den Wachtmeister zu erlangen suchten oder schon von anderer Seite erhalten hatten, für solche gehalten, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten waren. Bei der Ausmessung der Strafe hat das Reichsgericht berücksichtigt, daß die Angeklagten gegen ihr Vaterland gehandelt haben zu einer Zeit, als dieses in größter Bedrängnis war.

Erleichterung für deutsche Anleihen.

Paris, 31. Jan. Von zuständiger Seite erfährt der Vertreter der „Voss. Ztg." zu dem Vorschlag des Einigungsausschusses, der als „Projekt Briands" bezeichnet wird, und auf dessen Genehmigung durch den Oberst-... Rat gerechnet werden kann, daß es Deutschland ermöglicht werden soll, sich der gesamten Schuld durch Anleihen, die von den Verbündeten garantiert werden sollen, in kürzester Frist zu entledigen.

(Auf diese Weise scheint man Deutschland noch fester an die Kette nehmen zu wollen. Jedenfalls hat die Reichsregierung alle Ursache, dieses angebliche Anerbieten genau zu prüfen. D. Schriftl.)

Feierschichten im Saargebiet.

Saarbrücken, 31. Jan. Auf den Saargruben werden nach Mitteilung der französischen Bergwerkverwaltung am 21. Januar und am 15. und 17. Februar Feierschichten eingelegt, da infolge der weltwirtschaftlichen Krise eine Absatzstockung eingetreten ist und die Haldenbestände bereits überfüllt sind. Die Krise wird als vorübergehend angesehen, da Verhandlungen im Gange sind, um Saarkohlen nach der Schweiz und Italien auszuführen. Auch mit Deutschland sollen Verhandlungen schweben, um auf dem Wege des Austausches von [illegible] Süddeutschland mit Saarkohle zu versorgen.

(Es ist ziemlich eigenartig, um nicht ein anderes Wort zu gebrauchen, daß Frankreich, nachdem es sich durch das Deutschland in unbeschreiblicher Weise drückende Spaa-Diktat mit Kohlen übernommen hat, nun auch noch von demselben Deutschland Mithilfe an der Abstellung seines Kohlenüberflusses verlangt, wobei es die minderwertigere Saarkohle gegen die hochwertige Ruhrkohle eintauschen möchte. D. Schriftl.)

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 31. Januar.

— **Silber-Hochzeit.** Eisenbahnbeamter K. Voß und Frau, Emma geb. Malz, Milspestr. 164, feiern morgen das Fest ihrer silbernen Hochzeit.

— **Dummer Jungenstreich.** Auf der Eisenbahnstrecke Milspe-Gevelsberg am Kruin wurde ein halbwüchsiger Bursche von einem Bahnbeamten dabei ertappt, als er einen großen Stein auf das Geleise gelegt hatte in der Absicht, einen Zug zum Entgleisen zu bringen. Der Uebeltäter floh in das nahe Gebüsch, wurde aber von dem Beamten eingeholt und festgenommen. Hoffentlich wird dem Burschen eine exemplarische Strafe zuteil.

— **Reichsjugendring.** Die Gruppe Gevelsberg des „Bundes der älteren Pfadfindervögel (E. V.)" schreibt uns: Der kurze Bericht der Gevelsberger Zeitung vom 17. Januar über die Arbeit des hiesigen Jugendringes wird vielen das erste schwache Zeichen gewesen sein von dem Bestehen eines solchen Zusammenschlusses. Und in der Tat ist der Jugendring **erst im vorigen** Monat hier am Orte geschlossen worden. Wie in vielen anderen Orten des ganzen Reiches, so haben sich in ihm auch in Gevelsberg Jugendvereine und Gruppen der verschiedensten Glaubens-, Anschauungs- und Parteirichtungen zusammengeschlossen zu gemeinsamer Arbeit für die Jugend selbst und unser Volk, zu gemeinsamem Kampfe gegen Schund und Schmutz in jeder Form, gegen körperliche und seelische Verkommenheit. Bei der großen Bedeutung, die diese Bewegung **aller** Jugend bereits erlangt hat, bei der großen Bedeutung ihrer schaffensfrohen, tätigen Arbeit für Jugend- und Volkswohl, erscheint es angebracht, an dieser Stelle weiteste Kreise mit ihm und seinem Wirken bekannt zu machen. Zur Unterstützung seiner Arbeit wird er noch oft der Mithilfe auch Fernstehender bedürfen. Am 26. September 1920 erlebten junge Menschen aus Jugendbünden aller Richtungen, die [illegible]h auf der Leuchtenburg bei Kahla zusammenfan[illegible] mit gemeinsamem Wollen, die Geburtsst[illegible]e des Reichsjugendringes. Der Zusammenschl[illegible] umfaßte schon bei seinem

Werden die Jugend aus ungefähr 40 deutschen Städten und bedeutet die Auflehnung der gesunden Jugend gegen alles Unwahre, gegen allen Schund und Schmutz in Wort, Bild, Gesinnung und Tat. Die sich da zusammenfanden zu dieser Tatgemeinschaft, die wußten von der schleichenden Gefahr, von dem schillernden Gift, das die seelische und körperliche Gesundheit deutscher Jugend zugrunde richtet; sie wußten von dem verantwortungslosen Treiben und Tun gewissenloser Menschen, die sich mästen an dem schmutzigen Gelde, das ihnen das Elend bringt, welches sie durch Schmutz und Schund einer oft noch unreifen und urteilsunfähigen Jugend bieten! Hinreichend wirkten dann die Gedanken, die die Auslösung der Gründungstagung des Reichsjugendringes waren. Es ist kein neuer Bund oder Verein, der da begründet wurde, keine Ueberorganisation. Es ist die Sammlung aller Kräfte der Jugend zu gemeinsamem Schaffen; es ist ein Zusammenschluß ohne Satzungen und Paragraphen, ohne Kasten- und Klassenvorurteile. Er soll alle innerlich jungen Menschen sammeln unter dem Wahlspruch: Durch Liebe, Wahrheit und Reinheit zur Arbeit und Einheit! Kampf ist angesagt dem Schund- und Schmutzbuch, dem Kinoschund, dem Theaterschund, dem Alkohol- und Nikotinmißbrauch, allem Unjugendlichen und Ungesunden!

— **Der Turnverein Eintracht-Jahn** hielt am Samstag seine Jahreshauptversammlung ab, die sehr gut besucht war. Nach dem Jahresbericht ist die Mitgliederzahl um 50 Prozent gestiegen. An 112 Turnstunden nahmen durchschnittlich 38 Turnende teil. In 31 Spielstunden wurden 900 Spieler beschäftigt. Auf Wetturnen und Spielen wurde mancher Sieg errungen. In allen Abteilungen des Vereins zeigt sich frisches, blühendes Leben, das für die Zukunft das Beste verspricht. Bei der stattfindenden Vorstandswahl wurden fast sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Im Mai findet eine Feier statt, bei welcher Gelegenheit auch die Jubilare des Vereins geehrt werden sollen. Der Verein kann mit dem verflossenen Jahre voll auf zufrieden sein. Dank dem Interesse seiner Mitglieder ist er heute einer der stärksten und tüchtigsten Vereine des 1. Bezirks. An alle Fernstehenden ergeht der Ruf: Hinein in die Turn- und Sportvereine.

Oberschlesier!

Nur noch wenige Tage,
dann ist die Frist zur Eintragung in die Stimmliste unwiederbringlich verstrichen

Wendet Euch sofort

an die nächste Ortsgruppe der

Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier.

— **Verschleppte Mädchen.** Innerhalb eines Jahres sind in Deutschland 3600 Mädchen und Frauen spurlos verschwunden. Ein Teil von ihnen ist zweifellos Mädchenhändlern zum Opfer gefallen. Sie treiben auch besonders im Industriebezirk ihr freches Spiel. Wie amtlich festgestellt wurde, werden bis 4000 Mark für die Verkuppelung von Mädchen gezahlt. Der größten Gefahr sind die Mädchen ausgesetzt, die, meist aus dem Osten oder aus Bayern kommend, hier fremd sind, unter Vorspiegelungen ihrer Mittel beraubt und dann die Beute gewissenloser Verführer werden.

— Das städtische **Wohlfahrtsamt** schreibt uns: Im Interesse der Volkswohlfahrt werden in letzter Zeit durch Reich und Staat immer wieder gelbliche Mittel zur Verfügung gestellt, die irgendeinem Zweige der Volksgesundheitspflege dienlich gemacht werden sollen. In vielen Fällen sollen aus diesen Mitteln gemeinnützige Vereine nur zur Unterstützung ihrer Bestrebungen Zuwendungen erhalten. So wichtig und notwendig derartige Unterstützungen gemeinnütziger Vereinsbestrebungen sind, so fehlt doch dem Wohlfahrtsamt in den meisten Fällen die Möglichkeit, die zur Verfügung stehenden Mittel auszunutzen, weil ihm am Orte bestehende Vereine und Gruppen mit gemeinnützigen Zielen nicht alle bekannt sind. Es ist daher sehr wünschenswert und unbedingt im Interesse der Vereine, daß dem Wohlfahrtsamt sämtliche Vereine und Gruppen des Ortes namhaft gemacht werden. Ein statistischer Fragebogen wird alsdann dem gemeldeten Verein zugestellt werden.

— **Eine Erleichterung der Feuerbestattung.** Die Feuerbestattung wird dadurch erschwert und verteuert, daß vom Amtsarzt zwei Bescheinigungen auszustellen sind: Ein Leichenschauattest für die Polizeibehörde des Verbrennungsortes und eine Bescheinigung für das zuständige Landratsamt als Unterlage für den Leichenpaß. Das erstere kostet jetzt 25 ℳ, das letztere 20 ℳ. Beide Atteste müssen bezogen, „daß ein Verbrecher, der sein Tod sei durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden, sich nicht ergeben hat" In der Bescheinigung für das Landratsamt muß außerdem noch die Erklärung enthalten sein, „daß der Beförderung der Leiche gesundheitliche Bedenken nicht entgegenstehen. Steuerrat Schmidt in Bad Homburg schlägt jetzt vor, diese letztere Erklärung auch in das Leichenschauattest aufzunehmen, so daß die zweite Bescheinigung mit ihren Mühen und Kosten ganz wegfallen würde. Das vervollständigte Leichenschauattest könnte dem Landratsamt vorgelegt werden, das den Leichenpaß ausstellt und das Attest für die Polizei des Verbrennungsortes freigibt.

Westfalen und Rheinland.

* **Dortmund**, 29. Jan. Das Wuchergericht verurteilte sechs Bäckermeister, die Abnehmer der in der Ruhrfuhrschen Druckerei entwendeten oder in einer Geheimdruckerei aus gestohlenem Papier hergestellten Brotmarken gewesen sind, zu Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten und einer Woche und zu Geldstrafen bis zu 7000 Mark, wobei betont wurde, daß ein Strafaufschub ausgeschlossen sei.

* **Werl**, 31. Jan. Einen Mißgriff in der Rationierung beging hier der Klapperstorch, indem er der Familie des Schaffners August Redder **vier gesunde Knaben auf einmal brachte.** (Das ist des Guten wirklich etwas zu viel.)

* **Bielefeld**, 30. Jan. Durch das Einatmen von Kohlenoxydgasen wurden bei der Firma Waterhör hier, neun Näherinnen ohnmächtig. Die Gase waren einem in der Nähe stehenden Ofen entströmt.

* **Barmen**, 29. Jan. Vorgestern ließ ein hiesiger Bauunternehmer in der Elektrischen, die er bis nach Schwelm benutzte, eine Summe von 330 000 Mark liegen, die er zum Ankauf von Immobilien verwenden wollte. Der Schatz blieb unbemerkt im Wagen bis nach Milspe liegen, wo er vom Schaffner entdeckt und in Verwahr genommen und später dem Kutscher, der inzwischen auch seinen Verlust bemerkt hatte und die Rückkehr des Wagens abwartete, wieder eingehändigt wurde. Als Belohnung für seine Ehrlichkeit erhielt der Schaffner 5 Mark, sage und schreibe fünf Mark. Wenn in solchen Fällen dem Finder nach dem Gesetz eine Belohnung auch nicht zusteht, so ist eine derartige „Abfindung" sicherlich nicht geeignet, die Ehrlichkeit zu fördern, eher ist das Gegenteil der Fall, denn die Aussicht auf solche Belohnungen muß vorkommenden Falles unredlichen Absichten starken Vorschub leisten.

* **Düsseldorf**, 31. Jan. Die Stadtverordneten beschlossen die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 80 Millionen Mark zur Linderung der dringendsten Wohnungsnot.

* **Oberhausen**, 31. Jan. Die Rombacher Hüttenwerke beabsichtigen nach der „Essener Allg. Ztg.", einen Teil ihrer Betriebe in die hiesige Gegend zu verlegen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, doch ist es wahrscheinlich, daß die neuen Werksanlagen in Oberhausen errichtet werden.

* **Köln**, 30. Jan. Das hiesige Wuchergericht verurteilte den Händler Josef Molitor von hier wegen Preistreiberei zu sechs Monaten Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hatte zehn Zentner Seifenpulver, die er zum Gesamtpreise von nicht ganz 1800 Mark bezogen hatte, am selben Tage zum Gesamtpreise von 4050 Mark an das Franziskushospital in Köln-Ehrenfeld weiterverkauft.

Der Sport vom Sonntag.

Liga. T. u. Sp. V. Gevelsberg — Sportverein Siegen 3:1 (0:1).

Das letzte Meisterschaftsspiel brachte der Ligamannschaft des T. u. Sp. V. Gevelsberg den endgültigen Aufstieg zur Gauliga. In diesem Spiele hatte Gevelsberg alles auf eine Karte zu setzen, wenn nicht die Gefahr bestehen sollte, doch noch schließlich als Gauliga-Anwärter abzufallen. Die Kandidatur auf den schönen Titel „Kreismeister" versicherte sich Gevelsberg in dem Spiel gegen Jahn Siegen. Das gestrige Spiel gehörte nicht zu den schönen Spielen, die wir bisher in Gevelsberg zu sehen bekamen. Die hiesige Mannschaft konnte in der ersten Halbzeit überhaupt nicht gefallen. Ihre Spielweise war planlos und trug einen nervösen Charakter. Auch fehlte der erforderliche Spieleifer. Die Gäste waren dagegen eifriger. Erst nach Halbzeit taute die Gevelsberger Mannschaft auf. Die Spieler wurden durch die schlechten Bodenverhältnisse beeinträchtigt, sodaß die Leistungen über den Durchschnitt nicht hinauskamen. — Bei den Gästen glänzte der Linksaußen sowie Mittelstürmer und Rechtsinnen. In der Gevelsberger Mannschaft konnten Koch (Torwart), Rauhaus (Verteidiger), Steinbach in der Hinterreihe und Bremer im Sturm gefallen. Alle anderen fielen von ihren gewohnten Leistungen ein wenig ab. Spielverlauf: In der ersten Halbzeit setzten die Gäste zuerst gefährliche Angriffe ein. Torwart und rechter Verteidiger wehrten gut und sicher, der linke Verteidiger ein wenig unsicher ab. Nach 25 Minuten geht Sportverein durch seinen Rechtsinnen in Führung. Bis zur Halbzeit ein offenes Spiel. Beide Verteidigungen leisten gute Arbeit, sodaß es zu Erfolgen nicht mehr kommt. Nach Wiederanpfiff legt sich Gevelsberg in's Zeug und nach allmählich

überlegen. Bei einem Gedränge vor dem Tor machen die Gäste Hand — übrigens im Laufe des Spieles sehr oft — Der Elfmeter wird verwandelt. Stand 1:1. Die Gevelsberger Mannschaft drängt immer mehr und bald darauf kann Bremer das 2. Tor und später, nach schönem Zuspiel von Steinbach, noch das 3. Tor für seine Farben herausholen. Schlußpfiff 3:1 für Gevelsberg. H. H.

Stand der Liga in Südwestfalen am 23. Januar 1921.

Vereine	Spiele	gew.	unentsch.	verl.	Tore für	Tore gegen	Punkte
Hagen-Eppenhausen	14	10	2	2	45	16	22
Sp. u. Sp. Gevelsberg	14	8	5	1	43	20	21
Hahn, Siegen	13	7	3	3	30	22	17
A. H. T. S. V. 1860	13	7	1	5	29	22	15
V. f. B. Weidenau	14	6	3	5	27	32	15
Sp.-V. Siegen	14	6	2	6	23	27	14
Sp. Sp. Hüsten	14	1	2	11	18	45	4
F.-Elsefeld	14	1	—	13	22	44	2

Sonstige Resultate. Liga-Reserve v. T. u. Sp. V. Gevelsberg — Schwerte 6:0. Turnverein Altenvoerde — T. V. Milspe 4:3. Altenvoerde 2 — Milspe 2 1:1.

Theater und Musik.

Operetten-Abend. Mitz v. Canova, F. W. Hanschmann, Alfred Lang und Adolf Wahringer, diese vier, hier schon genügend bekannten Künstler vom Hagener Schauspielhaus, haben sich für Mittwoch den 2. Februar zur Veranstaltung eines Operetten-Abends zusammengefunden. Zur Aufführung kommen „Die schöne Galathee" und „Das Versprechen hinter dem Herd". Das Bestreben, leichte mit guter Kunst zu verbinden, kann freudig begrüßt werden; wir weisen deshalb gern empfehlend auf die abends ½8 Uhr im Hatkenbergschen Saal beginnende Veranstaltung hin.

Städt. Schauspielhaus Hagen.

Heute abend 7½ Uhr „Der Raub der Sabinerinnen", Schwank von Franz und Paul von Schönthan. Morgen Dienstag abends 7 Uhr außer Abonnement „Lohengrin" von Richard Wagner. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß am kommenden Freitag abends 3 Uhr eine Schülervorstellung von „Kabale und Liebe" zum Einheitspreise von 3 M. stattfindet. Der Vorverkauf für diese Vorstellung beginnt heute.

Montag: „Der Raub der Sabinerinnen". Dienstag: „Lohengrin". Mittwoch: „Johannisfeuer". Donnerstag: „Die spanische Fliege". Freitag: „Kabale und Liebe". Sonnabend: „Die Frau im Hermelin".

Stadttheater Barmen.

Montag: Geschlossen. Dienstag: „Lohengrin". Mittwoch: „Medea". Donnerstag: „Salome". Freitag: „Torquato Tasso". Samstag: „Die Fledermaus". Sonntag: „Der Biberpelz" sowie „Pierrot und der Pfalz".

Stadttheater Elberfeld.

Montag: „Carmen." Dienstag: „Der Kaufmann von Venedig". Mittwoch: Geschlossen. Donnerstag: „Rosmersholm". Freitag: „Königskinder". Samstag: „Der Kaufmann von Venedig". Sonntag: „Madame Butterfly" sowie „Die Bandleten".

Wirtschaftlicher Teil.

Neue Verkehrssperre im Industriebezirk.

Aus Essen wird unterm 25. Januar gemeldet:

Durch den außerordentlich niedrigen Wasserstand des Rheines hatte ein großer Teil der auf dem Wasser beförderten Frachten auf die Bahn übernommen werden müssen. Da der Güterverkehr in den letzten Monaten außerdem besonders stark war, so traten in der Beförderung aus dem Ruhrbezirk nach Osten und Westen erhebliche Schwierigkeiten auf, die sich in einer starken Anfüllung des Ruhrbezirks mit Frachten bemerkbar machte. Wenn das Wasser im Rhein auch im Steigen begriffen und nach und nach der Verkehr auf dem Wasserweg zurückgelegt wird, so ist es doch trotz angestrengtester Anspannung bis jetzt nicht möglich gewesen, die Schwierigkeiten vollständig zu überwinden, um die hohe Zahl von Wagen durch vermehrte Abfuhr herabzumindern.

Um den Betrieb möglichst bald wieder flüssiger zu gestalten, mußte sie die Eisenbahnverwaltung für kurze Zeit zu einer ausgedehnten Verkehrssperre und zu einer Verminderung der Wagengestellung entschließen, indem sie hierbei von dem Gedanken ausging, daß die durch diese Maßnahme erzielte glattere und pünktlichere Abwicklung des Betriebes der Gesamtheit in Kürze zugute kommen wird.

Hierzu erfahren wir noch folgendes:

Die neue Verkehrssperre ist am 25. Januar durch Telegramm der Eisenbahndirektion Essen mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres verhängt worden. Es ist die Annahme von Gütern aller Art nach Stationen des Bezirks und im Durchgang gesperrt. Gewisse Ausnahmen sind gegen besondere Genehmigung und einigen Güterverkehr möglich.

Zugleich erhalten wir die Mitteilung, daß auch für den Bezirk der Eisenbahndirektion Köln eine gleiche Verkehrssperre verhängt wurde. Die Wagengestellung für die Industrie und den Handel wird wesentlich vermindert.

Dies ist nunmehr seit kurzer Zeit die zweite ausgedehnte Verkehrssperre, die als Radikalmittel nötig sind, um dem Wirrwarr und Durcheinander, der Verstopfung der Bahnhöfe und Geleise Herr zu werden. Die erste war im Dezember und wurde erst kurz vor Weihnachten zum Schaden des Weihnachtsgeschäfts aufgehoben. Jetzt nach 4 Wochen sind die Verhältnisse genau so unhaltbar und unmöglich geworden. Man sollte doch ernstlich auch daran gehen, die Ursachen festzustellen und für energische Besserung sorgen.

Vereins- und Vergnügungskalender.

Montag, 31. Januar.

Deutsch-demokratische Partei. Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr bei Ed. Rosendahl, Mittelstraße.

Sozialdemokratische Partei (S. P. D.). Reichskanzler a. D. Bauer abends ½8 Uhr im Gasthof „Zur Hause".

Kohlenbericht

des Kreiselektrizitätswerks Schwelm, Kraftstation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbraucht t	Bestand t
29. 1.	172	81	498
30. 1.	—	28	470

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Boswinkel, für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrath, beide in Gevelsberg.

Reichskanzler a. D. Bauer

spricht **heute,** Montag, 31. Januar, abends 7½ Uhr **im Hotel zur Hause.** Arbeiter, Bürger, Frauen u. Mädchen **Hört die Sozialdemokratie!**

Sozialdemokratische Partei (S. P. D.) Ortsgruppe Gevelsberg.

Ab 1. Februar veranstalten wir gleich den früheren Jahren wiederum unsere weit und breit bekannte

WEISSE WOCHE.

Zum Verkauf bringen wir riesige Quantitäten weißer Waren aller Art, wie:

1000 de Meter Hemdentuche, Nessel, Biber, Damen-Wäsche, Schürzen, Gardinen, Kleider, Blusen etc.

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Sinn & Co., Hagen i. W.

Bekanntmachung.

Für die **Reisebrotmarken** alten Musters (großes Format) ist die Gültigkeit aufgehoben. Von jetzt ab sind nur noch die neuen Marken (kleines Format) gültig.

Schwelm, den 27. Januar 1921.

Kreislebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Für die Zeit vom 30. Januar bis 5. Februar 1921 werden ausgegeben:

Auf Abschnitt 8 der Lebensmittelkarte
250 gr Weizenmehl
Preis der Einheit . . Mk. 2.75

Schwelm, den 28. Januar 1921.

Kreislebensmittelamt.

Wer schmiedet kleine Schmiedeteile von Hand oder unterm Hammer, sowie **kleine Gesenk-Schmiedestücke, Nachschmiedearbeiten und Ketten?** Ferner kleine **Massenartikel,** aus Bandeisen, Blech und Draht gestanzt, gepreßt, gezogen, sacangebrezt und geschmiedet? Angebote unter W. A. 896 an G. Gerckens, Annoncen-Expedition, Hagen i. W.

Ia. Nußkohlen
für Hausbrand liefert prompt
C. Westermann, Kohlenhandlung
Telefon 166. Telefon 166.

Mittwoch, 2. Februar 1921, abends 8 Uhr, im Saale des Hotel „Zur Hause":

Große Wählerversammlung.

Dr. Boelitz, Soest
spricht über
„Preußens Erhaltung — Deutschlands Zukunft".

Zu dieser Versammlung laden wir wir unsere Mitglieder, Parteifreunde sowie alle Gevelsberger Wähler und Wählerinnen hierdurch ein.

Freie Aussprache.

Zur Deckung der Unkosten 1.— Mark.

Deutsche Volkspartei.

NB. Zum Betreten des Saales sind nur Personen im wahlfähigen Alter berechtigt.

Das selbsttätige

Persil Persil Persil Persil Persil Persil

gibt blendend weiße Wäsche
ersetzt die Rasenbleiche.
macht Wollwäsche locker und griffig.
schont und erhält die Wäsche.
spart Zeit, Arbeit, Seife und Kohlen.
wäscht schnell, billig und gut!

Rheinische Fettchemische Werke HENKEL & CIE. DÜSSELDORF

Waschmittel

Zum 15. Februar ein in allen Hausarbeiten erfahr. **Mädchen** gesucht.
Frau Hugo Dörken, Brüderstraße 30.

Ordentliches **Mädchen** für halbe Tage gesucht. Mittelstraße 30, I., links.

Suche für meine Tochter Stelle als **Dienstmädchen** in einem bürgerl. Haushalt. Lohn nach Uebereinkunft. Zu erfr. in der Geschäftsst.

Zum baldigen Eintritt tüchtiges, zuverlässiges **Dienstmädchen** für kl. Haushalt (2 Pers.) gesucht.
Elberfelder Str. 2, I.

Eine guterhaltene **Ladeneinrichtung** preiswert zu verkaufen. Daselbst eine Partie guterhaltene Obst- und Gemüsekästen abzugeben.
Hagener Straße 76.

Bürogehilfe, 20 Jahre alt, vom Militär entlassen, sucht Stellung in einem Büro. Angebote u. Z. 1921 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bekanntmachung.
Hund zugelaufen.
Gevelsberg, 28. Jan. 1921.
Die Polizeiverwaltung.
J. V.: (gez.) Müller.

Gold. Armband (wertvolles Andenken) **verloren.** Gegen Belohnung abzugeben
Elberfelder Straße 19, I.

Städtische Freibank.
Am Dienstag, den 1. Februar ds. Js., morgens 9 Uhr, findet **Verkauf von Rindfleisch** in rohem Zustande statt. Preis 5.— M. das Pfd.
Gevelsberg, den 31. Januar 1921.
Die Polizei-Verwaltung.
J. V.: Müller.

Jutesäcke
prima, leicht ob. Fehler, enorm billig.
1½ Zentner Mk. 10.25
2 „ „ 13.25
Musterbuch gegen Nachn.
Marti S. & Bloch A.-G.
Hamburg 7, Bandstraße 28
Säcke u. Decken-Fabrik.

Kaufe getragene Garderoben, Möbel und Bettfedern.
Drucker, Hasp,
Hochstraße 11.
(Postkarte genügt)